

Unterlage zur Pressekonferenz am 17.10.2025

Ausgangslage:

Armutsbetroffene Menschen sind ganz besonders durch hohe Wohn- und Energiekosten betroffen. Lt. Statistik Austria¹ müssen 41% der armutsgefährdeten Haushalte mehr als 40% ihres Einkommens für das Wohnen ausgeben. In der Gesamtbevölkerung trifft das 6%. Auch Energiekosten belasten diese Personengruppe ganz besonders. Im Jugendbereich sind vor allem die hohen Zahlen bei Jungen Wohnungslosen alarmierend. Bis zu 34% aller wohnungsloser Menschen gehören dieser Gruppe an.² Die Zahl der Delogierungen stieg im Vergleich zum Vorjahr um 13% an.

Prävention als Beitrag zur Lösung sozialer Probleme:

Dass Prävention, also „Vorbeugen“, besser ist als Heilen, ist eine Binsenweisheit, die nichtsdestotrotz in der Bekämpfung von Obdach- und Wohnungslosigkeit oft zu wenig beachtet wird. Was gilt es aus unserer Sicht zu tun:

- **Prävention muss breit ansetzen!**

Das beginnt bei der Verfügbarkeit und Zugänglichkeit von dauerhaftem, leistbarem Wohnraum. Der Anteil des gemeinnützigen und kommunalen Wohnbaus muss erhöht und langfristig abgesichert werden; Zugangsbarrieren müssen abgebaut werden und es braucht eine besondere Berücksichtigung von armutsbetroffenen und ausgegrenzten Haushalten. Mietpreise müssen gedeckelt und unbefristete Verträge wieder zur Norm werden. Armutsbetroffene Haushalte haben keine Spielräume zum Einsparen!

- **Energiearmut verhindern!**

Wir müssen sicherstellen, dass es leistbare Energietarife für Menschen mit geringen Einkommen gibt. Eine kalte oder dunkle Wohnung, weil keine Heizung oder kein Strom vorhanden sind, ist ein Gesundheitsrisiko (z.B. Schimmel) und verfestigt Isolation und Ausgrenzung.

- **Delogierungen verhindern!**

Bei Delogierungen wird ganz besonders offensichtlich, wie sehr Prävention auch aus ökonomischen Gründen angebracht ist. Arbeiterkammer und Volkshilfe Wien haben die Folgekosten einer Delogierung mit 30.000,- bis 60.000,- € berechnet; ein Vielfaches dessen, was eine Übernahme von Mietzinsrückständen ausmacht.³ Kosten, die Auswirkungen auf Sozialstaat, Mieter:innen und Vermieter:innen haben. Für Mieter:innen kommt es zu Verwaltungskosten, Einlagerung, Überbrückung, Neuanschaffung von Möbeln und Hausrat, Anmietungskosten und Risiken von Wohnungslosigkeit (Krise, ggf. Arbeitsverlust, psychische Destabilisierung, Kindeswohl, etc.). Vermieter:innen müssen mit Leerstand und höheren Verwaltungskosten rechnen. Und für den Sozialstaat steigen die Kosten für Wohnungslosenhilfe und

¹ https://www.statistik.at/fileadmin/publications/Wohnen_2024_Web-barrierefrei.pdf

² <https://projekte.ffg.at/projekt/5135715>

³ <https://www.volkshilfe-wien.at/wohnblog/wohnungsnot-beenden/>

Gesundheitswesen. Regionale Angebote und das Bundesprogramm „Wohnschirm Miete“ zeigen, dass Delogierungsprävention gelingt und müssen abgesichert, bzw. ausgebaut werden.⁴

- **Kreisläufe durchbrechen und früh handeln!**

Upstream Prevention erkennt Risiken von Wohnungslosigkeit frühzeitig und setzt entsprechende Interventionen. Gedacht insbesondere für junge Erwachsene, die aus belasteten Familienverhältnissen stammen bzw. für Care Leaver am Übergang von Einrichtungen der Jugendwohlfahrt ins eigenständige Leben, ist es auch für andere Übergänge wie nach Haft, nach stationären Aufenthalten (Therapie, Krankenhaus) und nach Grundversorgung ein probates Mittel um Wohnungslosigkeit zu verhindern.⁵

- **Wohnungslosigkeit beenden und vorbeugen mit Housing First!**

Housing First ist ein erprobtes Mittel zur nachhaltigen Beendigung und zur Vermeidung wiederkehrender Wohnungslosigkeit. Pilotprojekte der BAWO belegen, dass dieses Angebot nicht nur die akute Wohnungslosigkeit der Menschen beendet, sondern auch nachhaltig absichert. Bemerkenswert ist auch, dass besonders Frauen und andere vulnerable Gruppen gut erreicht werden können.⁶ Das Programm „Wohnschirm Housing First“ des Sozialministeriums bündelt diese Herangehensweise bundesweit und kann, bei entsprechender Ausstattung, Wohnungslosigkeit in Österreich maßgeblich reduzieren!⁷

Prävention kann also der Schlüssel sein um armutsbetroffene Menschen vor einem Abrutschen in die Wohnungslosigkeit zu bewahren. Dazu braucht es aber ein breites Verständnis von Prävention und einen Ausbau von nachweislich wirksamen Angeboten. Gerade Österreich, mit seiner Tradition des gemeinnützigen und kommunalen Wohnbaus könnte hier eine Vorreiterrolle in Europa übernehmen. Das wird aber nicht gelingen, wenn die Budgetkonsolidierung auf dem Rücken der armutsbetroffenen Menschen durchgeführt wird. Jede weitere Einsparung bei dieser Bevölkerungsgruppe wird zwangsläufig zu massiven Mehrkosten im gesamten Staatshaushalt führen. Auch wenn das Geld knapp ist, bedeutet Solidarität niemanden zurückzulassen. Und auch ökonomisch gesehen können wir uns einen Anstieg von Armut und Wohnungslosigkeit nicht leisten!

Über die BAWO

Die BAWO setzt sich für die Beendigung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit und für leistbares, dauerhaftes und inklusives Wohnen für alle ein. Als Dachverband sieht sich die BAWO als politische Interessensvertretung der Wohnungslosenhilfe in Österreich. Mit Publikationen, Vernetzungsarbeit und Fachtagungen entwickelt die BAWO Antworten auf strukturelle Fragen rund um das Thema Wohnungslosigkeit und Wohnungsnot und treibt fachliche Standards voran. 55 NGOs und 90 persönliche Mitglieder sind Teil der BAWO.

BAWO steht für Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe.

⁴ <https://wohnschirm.at/#miete>

⁵ <https://projekte.ffg.at/projekt/5135715>

⁶ <https://bawo.at/housingfirst/>

⁷ <https://wohnschirm.at/#housing>